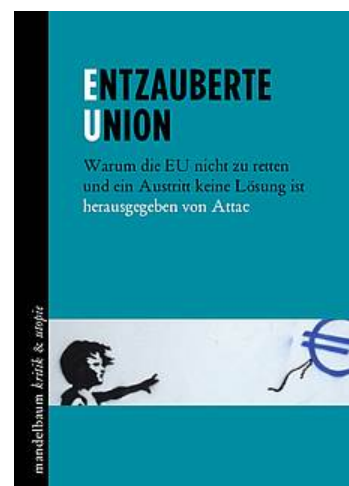


Attac Österreich

Fragen und Antworten zur EU

Info-Blatt

Der folgende Standpunkt ist ein komprimierter Auszug aus dem Buch „Entzauberte Union – Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist“, das Attac Österreich 2017 herausgegeben hat. Im Buch finden sich viele weitere Informationen, kritische Analysen zu einzelnen Politikbereichen und weiterführende Beiträge zu den hier aufgeworfenen Fragen.



Warum ist die EU nicht zu retten?

In erster Linie ist die EU ein Wirtschaftsbündnis mit neoliberaler Basis. Im Zentrum stehen die „vier Grundfreiheiten“ des EU-Binnenmarktes: unbeschränkter Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Eingriffe in die Wirtschaft, etwa im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt, sind damit weitgehend verboten. Dies hat durch die europäischen Verträge (vom Vertrag von Maastricht bis zum Fiskalpakt) höchste Rechtsverbindlichkeit und ist bewusst unreformierbar gestaltet.

Eine Änderung der Verträge benötigt die Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten. Dass sich eine progressive Politik auf diesem Weg durchsetzen ließe, ist somit illusorisch. Schon eine einzige (neoliberale) Regierung kann Änderungen blockieren.

Warum schützt uns die EU nicht vor den Rechten?

Die EU ist ein idealer Nährboden für die extreme Rechte. Die jahrelange neoliberale EU-Politik hat zu einem Anstieg an Arbeitslosigkeit, Armut, Unsicherheit und Zukunftsängsten geführt. Die Rechten nutzen diese Verunsicherung und diese Ängste. Durch Ausgrenzung und Schuldzuweisung nach außen (Flüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen, andere Staaten) geben sie den Menschen einen angeblichen Grund für ihre Situation. Gleichzeitig unterstützen sie aber die neoliberale Wirtschaftspolitik auf nationaler wie auf EU-Ebene. Ein „Mehr an Europa“ bedeutet in der jetzigen politischen Situation mehr Sicherheitspolitik, Militärunion, verstärkte Wettbewerbspolitik und neoliberale Vertiefung.

Das alles hilft den Rechten. Erstens verstärkt es die Ursachen, warum die Menschen sich ihnen zuwenden. Und zweitens verschiebt es die Debatte in ihrem Interesse – hin zu Themen wie Abschottung, Schuldzuweisen und Militarisierung.

Müssen wir die EU nicht gegen die Rechten verteidigen?

Nur, weil die Rechten die EU ablehnen, ist sie noch lange nicht gut. Die EU ist in ihren Grundsätzen neoliberal. Wer die EU gegen Angriffe von den Rechten verteidigt, verteidigt somit in erster Linie eine neoliberale Wirtschaftsunion. Natürlich müssen wir uns rechten Argumenten entgegenstellen. Dabei sollten wir aber nicht blind die EU in Schutz nehmen, sondern uns differenziert mit den Argumenten auseinandersetzen und unsere eigene Position und Ideen in den Vordergrund stellen. Zudem haben sich die Rechten längst mit der EU arrangiert. Sie nutzen sie strategisch für ihre Interessen.

Die EU steht dem Aufstieg der Rechten nicht im Weg, sondern begünstigt ihn sogar. Wir sollten sie daher nicht blind verteidigen.

Warum schadet uns die Kategorisierung „pro- vs. anti-europäisch“?

Der Begriff „pro-europäisch“ wird als Kampfbegriff genutzt, um sich als fortschrittlich, aufgeklärt und pazifistisch zu inszenieren. Im Kontrast dazu wollen „Anti-EuropäerInnen“ die nationale Souveränität zurückerobern. Die EU und die Nationalstaaten werden als Gegensätze dargestellt. Dabei sind beide längst miteinander verwachsen. Die Regierungen stellen den Rat, das mächtigste Gremium der EU. Umgekehrt haben viele nationale Gesetze ihren Ursprung auf EU-Ebene. In der Debatte um pro- vs. anti-europäisch geht es vielmehr um den Kampf zwischen VerfechterInnen des Neoliberalismus und des Nationalismus. Wenn wir uns in dieser Auseinandersetzung zwischen „Pro-“, und „Anti-EuropäerInnen“ auf eine Seite schlagen, können wir also nur verlieren! Wir müssen diese irreführenden und lähmenden Kategorien überwinden – einerseits, weil sie nicht stimmen und andererseits, weil sie für unsere Position keinen Platz bieten. Stattdessen sollten wir unsere eigenen Themen in den Vordergrund stellen, zum Beispiel indem wir Verteilungsfragen stellen oder aufzeigen, wie Reiche und Konzerne von der aktuellen EU-Politik profitierten.

Wie kommen wir aus dem „gegen die EU sein heißt nationalistisch sein“ raus?

Wer Kritik an der EU übt, wird schnell als NationalistIn diffamiert. Das müssen wir aufbrechen. Fundamentale Kritik an der EU muss nicht nationalistisch sein, sondern ist aus fortschrittlicher Perspektive angesichts der EU und ihrer Politiken sehr wichtig. Unter anderem schaffen wir das, indem wir die falsche Zweiteilung von „pro-“ vs. „anti-europäisch“ aufbrechen. Um mit Menschen, die andere Positionen vertreten, ins Gespräch zu kommen, sollten wir ihre Standpunkte hören. Gleichzeitig muss unser eigenes Ziel, das gute Leben für alle, in unserer Argumentation eine zentrale Rolle spielen.

In Diskussionen hilft es, wenn wir unsere Kritik an der EU ruhig und differenziert angesichts konkreter Politiken und Beispiele erklären. Wenn es uns gelingt aufzuzeigen, wer von den aktuellen Strukturen profitiert und wessen Interessen umgesetzt werden, wer die AkteurInnen sind, können wir differenziert diskutieren und darlegen, warum unsere Kritik an der EU progressiv und nicht nationalistisch begründet ist. So kommen wir aus dem populistischen Diskurs zwischen „pro- vs. anti-europäisch“ heraus und schaffen Aufmerksamkeit für unseren Standpunkt.

Warum ist es für Österreich nicht sinnvoll aus der EU auszutreten?

Ein Austritt wäre in der jetzigen politischen Lage wenig erfolgversprechend. Aus dem über die EU-Ebene durchgesetzten Neoliberalismus lässt sich nicht einfach austreten, denn große Teile der entsprechenden Regeln wurden in nationales Recht übernommen. Auch die starke Verflechtung der österreichischen Wirtschaft mit anderen EU-Staaten würde einen Austritt stark erschweren. Die Mindestvoraussetzung, um all das zu bewältigen, wäre eine Übermacht fortschrittlicher Kräfte in Politik und Gesellschaft. Davon sind wir weit entfernt. Wahrscheinlicher ist, dass ein Austritt Nationalismus und Rassismus stärken würde, wie das in Großbritannien der Fall war. Dennoch sollten wir den Austritt entdämonisieren. In anderen Staaten, unter anderen Bedingungen, kann er eine sinnvolle politische Option sein.

(März 2019; Auszüge aus einem Rundbrief an die Mitglieder von Attac Österreich)